

Begleitmaterial zum Vortrag über AI's Israel-Bericht (Apartheid) von Claus Walischewski (Israelische Komitee gegen Hauszerstörungen/ICAHJ)

Folie 3: Der Begriff Apartheid

in den Worten von Politikern und Prominenten (bezogen auf die besetzten Gebiete)

DAVID BEN-GURION

"Israel ... sollte sich so schnell wie möglich von den Gebieten und ihrer arabischen Bevölkerung befreien. Wenn es das nicht tut, wird Israel bald ein Apartheidstaat sein." - a quote *attributed to former Prime Minister David Ben-Gurion* by Israeli journalist Hirsh Goodman, after the Six-Day War in 1967.

YITZHAK RABIN

"Ich glaube nicht, dass es auf lange Sicht möglich ist, anderthalb Millionen Araber in einem jüdischen Staat zu halten, wenn wir nicht zur Apartheid kommen wollen. - former Prime Minister Yitzhak Rabin during a [TV interview in 1976](#).

EHUD OLMERT

"Wenn der Tag kommt, an dem die Zweistaatenlösung zusammenbricht und wir uns einem Kampf um gleiches Wahlrecht wie in Südafrika gegenübersehen, dann ist der Staat Israel erledigt, sobald das passiert." - former Prime Minister Ehud Olmert in an interview with the [Israeli newspaper Haaretz in 2010](#)

John Dugard, UN-Sonderberichterstatter für die besetzten Gebiete 2007

„Ich bin Südafrikaner, der in der Apartheid gelebt hat. Ich zögere nicht zu sagen, dass Israels Verbrechen unendlich viel schlimmer sind als die Verbrechen, die Südafrika mit seinem Apartheid-Regime begangen hat.“

Sein ebenfalls jüdischer Kollege aus den USA, Richard A. Falk,

„Es ist die Meinung des gegenwärtigen Sonderberichterstatters, dass die Natur der Besetzung im Jahr 2010 die früheren Vorwürfe des Kolonialismus und der Apartheid noch deutlicher faktisch und rechtlich beweist als drei Jahre zuvor. Die kolonialistischen und Apartheid-Züge der israelischen Besetzung haben sich in einem kumulativen Prozess eingegraben. Je länger das dauert, desto schwieriger sind sie zu überwinden und desto ernster ist die Verkürzung der fundamentalen palästinensischen Rechte.“

Der ehemalige US-Präsident **Jimmy Carter** hatte 2007 in seinem Buch „Palestine – Peace not Apartheid“ schon gewarnt

Der Begriff **Apartheid** wurde auf das gesamte Israel angewandt von: B'tselem, Yesh Din, Human Rights Watch, jetzt auch Amnesty International

25% der jüdischen Amerikaner halten Israel für einen Apartheidstaat, unter den jungen amerikanischen Juden sind es sogar über 30%. <https://www.timesofisrael.com/poll-finds-a-quarter-of-us-jews-think-israel-is-apartheid-state/>

In den USA haben sich auch die The United Church of Christ und die Christian Church (Disciples of Christ) der Apartheidsanalyse für Israel angeschlossen.

Diese bisher genannten Zitate und Aussagen stehen nicht im AI-Bericht!

AI betont, dass der Bericht sich nicht an Südafrika orientiert, sondern an der Definition von Apartheid, wie sie die internationalen Abkommen beinhaltet.

Folie 8 **Absicht** zur Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser

- Hegemonie durch Vertreibung von 800.000 Palästinensern 1948, ein „Rückkehrrecht“ (nach 2000 Jahren) für Juden weltweit und ein Verbot der Rückkehr palästinensischer Vertriebenen/Geflohenen.

Kontrolle: Alle Premierminister sprachen sich für eine jüdische Mehrheit aus, von Ben-Gurion 1948 bis Rabin (20% Grenze) und Netanyahu (35%).

2018 im Nationalstaatsgesetz, in dem der Grundsatz verankert ist, dass der "Staat Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes" ist und dass das Selbstbestimmungsrecht ausschließlich für Juden gilt.

Änderungen des Nationalstaatgesetzes blockiert: in der Knesset und vor dem Obersten Gericht

Netanyahu 2019: „Israel ist kein Staat für alle seine Bürger... [sondern] der Nationalstaat des jüdischen Volkes und nur dieses.“

Ost-Jerusalem: Teddy Kollek 1984: „Für das jüdische Jerusalem habe ich in den letzten fünfundzwanzig Jahren etwas getan. Für Ost-Jerusalem? Nichts! Was habe ich getan? Nichts. Bürgersteige? Nichts. Kulturelle Einrichtungen? Nicht eine. Doch, wir haben ein Abwassersystem installiert und die Wasserversorgung verbessert. Wissen Sie, warum? Glauben Sie, es war zu ihrem Besten, für ihr Wohlergehen? Vergessen Sie es! Es gab dort einige Fälle von Cholera, und die Juden hatten Angst, dass sie sich anstecken könnten. also haben wir eine Kanalisation und ein Wassersystem gegen Cholera eingerichtet“.

1985 sagte der damalige Verteidigungsminister Yitzhak Rabin: "Es wird keine von der israelischen Regierung initiierte Entwicklung [für Palästinenser in den besetzten Gebieten] geben, und es werden keine Genehmigungen für die Ausweitung von Landwirtschaft oder Industrie [dort] erteilt, die mit dem Staat Israel konkurrieren könnten."

Folie 10: Zwangsvertreibung/Hauszerstörung

Im Gaza-Krieg 2014 zerstörte die Armee 18.000 Wohneinheiten und beschädigte weitere 37.650 – 26% von Gazas Bevölkerung wurde obdachlos.

Ähnliche Zerstörungen gibt es in der Westbank in der C-Zone. Beispiel (S.231) **Khirbet Humsa im nördlichen Jordantal:** seit 1972 Firing zone, Strom und Wasseranschluss ist ihnen verboten. Die israelische Siedlung Hemdat durfte jedoch in der Firing Zone gebaut werden und hat natürlich Strom- und Wasseranschluss. Die Armee führt vorwiegend im Winter dort Hauszerstörungen durch, weil es dann für die Obdachlos gewordenen so viel schwerer ist.

Nr. 11 Beispiel Iqrit 1948:

600 Dorfbewohner sollen 1948 „vorübergehend“ ihr Dorf verlassen. Sie kehren nie zurück. Die israelische Armee zerstört das Dorf außer der Kirche und dem Friedhof aus Angst vor einem „Präzedenzfall“. Die jetzt 1500 Leute aus Iqrit wohnen 20 km entfernt. Noch 2003 lehnte der Supreme Court einen Umzug in die Nähe des alten Dorfes ab. Die Kirche und der Friedhof werden bis heute genutzt.

Nr.12

JUDAIZATION OF JERUSALEM: DEMOLITION OF MUGHRABI QUARTER: Nach Ende des 6-Tage Krieges und der Eroberung Ost-Jerusalems: Am 10. Juni kam die Anordnung (von Teddy Kollek), dass alle Bewohner des 800 Jahre alten Viertels sofort ausziehen müssen. Am nächsten Tag wurden 138 Gebäude von Bulldozern zerstört um Platz zu machen für die Western Wall Plaza vor der Klagemauer.

Folie 13: Al-Araqib

Das Beduinendorf im Negev wurde viele Male immer wieder von der israelischen Armee zerstört, obwohl die Einwohner Bürger Israels sind und ein Wohnrecht haben. Sie gehören zu den 39 nicht anerkannten Dörfer in Israel, die keine Infrastruktur bekommen (Wasser, Strom, Kanalisation, Straßen, Schulen, Kindergärten etc.)

Nr. 15 Administrativhaft

Wird von Militärkommandeur erteilt..Ende Mai 2020 waren 352 Palästinenser, darunter zwei Kinder, alle aus dem besetzten Westjordanland, als Verwaltungshäftlinge inhaftiert, wie die

israelische Strafvollzugsbehörde B'Tselem mitteilte. Die überwiegende Mehrheit der zwischen Januar 2011 und Juli 2020 inhaftierten Verwaltungs-häftlinge erhielt Haftbefehle mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, viele andere wurden bis zu zwei Jahren und eine Minderheit länger inhaftiert

Folie 14: Silwan ist ein Stadtteil in Ost-Jerusalem und viele Häuser haben Abrissverfügungen.

Nr. 16 Ungesetzliche Tötungen

Nach Angaben von B'Tselem töteten israelische Streitkräfte zwischen September 2000 und Februar 2017 außerhalb eines bewaffneten Konflikts 4.868 Palästinenser in den OPT, darunter 1.793 Kinder.

In einigen Fällen scheinen die israelischen Streitkräfte während der Proteste bewusst Sanitäter, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger ins Visier genommen zu haben.

In Israel selbst: Im Jahr 2000 dokumentierte Amnesty International die Tötung von 13 Palästinensern, die meisten von ihnen israelische Staatsbürger, durch die Polizei und andere Sicherheitskräfte in Israel und Ost-Jerusalem zwischen dem 29. September und dem 8. Oktober 2000, sowie die Verletzung von Hunderten von anderen und die Verhaftung von mehr als 600 Personen bei Protesten in ganz Israel gegen die israelische Politik in den OPT zu Beginn der zweiten Intifada. Eine von der israelischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission stellte 2003 fest, dass es keine Rechtfertigung für die Tötungen gab. Trotzdem wurde niemand verurteilt. Nach Angaben des Mossawa-Zentrums hat die israelische Polizei zwischen Oktober 2008 und Mai 2021 mehr als 45 palästinensische Bürger in Israel getötet..

Folie 17: Beispiel: Großer Rückkehrmarsch in Gaza: Bis Ende 2019 töteten die israelischen Streitkräfte 214 Zivilisten, darunter 46 Kinder, und verletzten über 8.000 weitere mit scharfer Munition. Insgesamt 156 der Verletzten mussten nach Angaben von OCHA Gliedmaßen amputiert werden. Mehr als 1 200 Patienten benötigen eine langfristige, komplexe und teure Therapie und Rehabilitation, und Zehntausende weitere benötigen psychosoziale Unterstützung, die die Ressourcen in Gaza nicht bieten können.

Nr. 20 3. EINSATZ VON MILITÄRHERRSCHAFT ZUR KONTROLLE UND ENTEIGNUNG

Die ersten 18 Jahre: Israel wandte während dieser Zeit die britischen Mandatsverteidigungsverordnungen (Notstandsverordnungen) an, die ihm uneingeschränkte Befugnisse gewährten, um die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Einwohner zu kontrollieren, ihr Eigentum zu konfiszieren, ganze Dörfer als Militärzonen zu schließen, Häuser abzureißen und sie vor Militärgerichte zu stellen. Palästinenser benötigten Genehmigungen, um ihre Wohngebiete zu verlassen, auch um medizinische Versorgung und Arbeitsplätze zu erreichen. Die israelischen Staatsorgane unterwarfen die Palästinenser einem System der Überwachung und Kontrolle, das bewusst die politischen Freiheiten einschränkte, indem sie Proteste verboten und politische Aktivisten aufgrund ihrer politischen Aktivitäten verhafteten. Trotz der Einrichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrollieren und beschränken mehr als 1.800 israelische Militärbefehle alle Aspekte des Lebens der Palästinenser im Westjordanland: ihren Arbeitsplatz, ihren Status, ihre Bewegungsfreiheit, ihren politischen Aktivismus, ihre Inhaftierung und Verfolgung sowie ihren Zugang zu natürlichen Ressourcen.

Militärbefehl 101 wurde gleich 1967 erlassen und verbietet politische Versammlungen, sogar friedliche Demonstrationen, das Zeigen von Flaggen oder andere Embleme bei Strafen von bis zu 10 Jahren (bis heute)

Militärgerichte gestellt, die strukturell den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren nicht genügen und bei denen die überwiegende Mehrheit der Fälle **(2010: 99,74%) mit einer Verurteilung endet**

Folie 21 4. VERWEIGERUNG DER STAATS-ANGEHÖRIGKEIT, DES WOHNSITZES UND DES FAMILIENLEBENS

Palästinenser in Israel: Staatsbürgerschaft, aber keine Nationalität, nicht gleichwertig, aufgrund fehlenden Militärdienstes keine Vergütungen

Palästinenser*innen in Ost-Jerusalem: Aufenthaltsrecht (residency) kann aufgehoben werden.

Palast. in den opt: gelten als staatenlos, aber haben Personalausweise („identity cards!“) von Israel, das das Register seit 1967 führt und kontrolliert. 2000 hat die Zivilverwaltung (eine militärische Einheit) alle Änderungen im Register versagt, z.B. die Familienzusammenführung nach Heirat von Menschen aus dem Ausland (zehntausende), seit 2003 dürfen Menschen aus Gaza nicht mehr in der Westbank wohnen, sie gelten als ‚Infiltrators‘ Es leben aber auch viele ‚Undokumentierte‘ in Gaza Den nicht registrierten Personen im Westjordanland droht die Abschiebung, sie haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen, können kein Bankkonto eröffnen und keine legalen Arbeitsplätze annehmen und sind aus Angst vor Ausweiskontrollen an israelischen Kontrollpunkten praktisch Gefangene in ihren Wohnungen.

Dieser verlorene Status behindert das Familienleben. Er kann auch nicht auf Kinder etc. weitergegeben werden.

Palästinensische Flüchtlinge: haben laut Völkerrecht Recht auf Rückkehr

Folie 22 6. EINSCHRÄNKUNGEN DER BEWEGUNGSFREIHEIT

Der 700 km lange Zaun/die Mauer, die Israel größtenteils illegal auf palästinensischem Land im besetzten Westjordanland errichtet hat 38 palästinensische Ortschaften im Westjordanland, die 9,4 % der Fläche des Westjordanlandes ausmachen, isoliert und sie in Enklaven, den so genannten "Nahtstellen", eingeschlossen, so dass die Bewohner gezwungen sind Sondergenehmigungen für das Betreten und Verlassen ihrer Häuser zu erhalten und separate Genehmigungen für den Zugang zu ihren landwirtschaftlichen Flächen zu erwerben.

Das Erlaubnisschein-System ist bürokratisch und willkürlich. Es gilt nur für Pal., nicht für israelische Siedler oder Ausländer.

Folie 23 7. EINSCHRÄNKUNG DES RECHTS AUF POLITISCHE BETEILIGUNG

Der Zentrale Wahlausschuss der Knesset kann eine Partei oder einen Kandidaten von der Teilnahme an Wahlen ausschließen, wenn ihre Ziele oder Handlungen darauf abzielen, die **Definition Israels als Israel als jüdischen und demokratischen Staat** zu negieren.

Weitere Maßnahmen schränken das Recht auf politische Beteiligung ein:

Dazu gehören **rassistisch motivierte Polizeieinsätze** bei Protesten, **willkürliche Massenverhaftungen und die Anwendung von rechtswidriger Gewalt gegen Demonstranten** bei Demonstrationen gegen die israelische Unterdrückung sowohl in Israel als auch in den OPT. Mit solchen Maßnahmen, die sich gegen friedliche Demonstranten richten, sollen weitere Demonstrationen verhindert und abweichende Meinungen unterdrückt werden. **Palästinenser werden bei ihrer Verhaftung routinemäßig in Untersuchungshaft genommen, während jüdische Demonstranten in der Regel gegen Kautions freigelassen werden.**

Besetzte Gebiete: Die Militärverordnung 101 über das Verbot von Aufwiegelung und feindseligen Propagandaaktionen bestraft Palästinenser, wenn sie ohne Genehmigung an einer **Versammlung von zehn oder mehr Personen** teilnehmen. Strafe: bis zu 10 Jahren!

Gewaltfreier Protest bleibt in den opt die einzige Möglichkeit, politische Ziele kundzutun. Der wird aber im Westjordanland wie in Gaza mit oft exzessiver Gewalt beantwortet.

z.B. **Nabi Saleh:** Seit 2009 demonstrieren die Dorfbewohner gewaltfrei gegen die israelische Besatzung, die Armee geht brutal dagegen vor: bisher gab es 4 Tote, Hunderte Verwundete, darunter Kinder. Die Armee greift auch Sanitäter und Journalisten an, zerstört Wasserbehälter etc. Diese Kollektivstrafe ist ein Kriegsverbrechen.

Folie 31 9. DISKRIMINIERENDE FLÄCHEN-NUTZUNGS- UND PLANUNGSPOLITIK

Negev/Israel: Laut Mossawa Center (2019) wurden 50.000 ‚structures‘ von Pal. errichtet, die alle abgerissen werden können, wofür die Bauherren die Kosten tragen müssen und auch eine Geld- oder Haftstrafe bekommen können. Zwischen 2012 und 2014 wurden 97 % der behördlichen Abrissverfügungen in dem von den israelischen Behörden als arabischer Sektor bezeichneten Gebiet ausgestellt, Im Jahr 2016 hat die israelische Land Authority Ausschreibungen für den Bau von 49.903 Wohneinheiten in jüdischen israelischen Ortschaften durchgeführt aber nur 4151 Wohneinheiten für Pal. vorgesehen.

Nicht anerkannte Dörfer d.h. sie können keine Baugenehmigung-en stellen, erhalten keine Infrastruktur (Straßen, Wasser, Strom, Schule, Krankenstation-en etc.), sind nicht politisch repräsentiert und können nicht an lokalen Wahlen teilnehmen.

C-Zone: Im Juli 2019 versprach das israelische Sicherheitskabinett, Baugenehmigungen für 715 Wohneinheiten für Palästinenser zu erteilen. Im Gegensatz dazu versprach es Baugenehmigungen für 6.000 Wohneinheiten für jüdische Siedler. Bis Ende Juni 2020 war nur eine einzige Baugenehmigung für Palästinenser erteilt worden. Im Gegensatz dazu wurden zwischen Juli 2019 und März 2020 1.094 Baugenehmigungen für jüdische Siedlungen erteilt.

Links:

- **Online Petition:** <https://www.amnesty.org/en/petition/demolish-apartheid-not-palestinian-homes-petition/>
- **15-minütiges AI-Video auf englisch:** <https://www.youtube.com/watch?v=xvwo4Vkb1-c>
- **Die schweizer AI-Sektion zum Bericht:** <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/apartheid-gegen-die-palaestinerinnen>
- **AI Schweiz: Verbrechen gegen die Menschlichkeit:** <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/verbrechen-gegen-die-menschlichkeit>
- **Original-Bericht:** <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>

P.S. Um den Bericht nicht zu überfrachten habe ich viele Details wieder herausgenommen, vor allem zum Punkt UNTERDRÜCKUNG DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG DER PALÄSTINENSER (Armut, Landwirtschaft, Bodenschätze/Ressourcen, Wirtschaft in Gaza, medizinische Versorgung), aber auch zu Gaza und Ostjerusalem habe ich etwas weggelassen.

Claus Walischewski, cwalisch@t-online.de